

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Britta Haßelmann, Grietje Staffelt, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/10379 –**

### **Zugang älterer Menschen zu neuen Medien**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Neue Medien bestimmen zunehmend den Alltag – die Digitalisierung der Lebenswirklichkeit schreitet in schnellen Schritten voran. Und auch für viele ältere Menschen sind neue Medien bereits heute ein wichtiges Kommunikations- und Informationsinstrument. So weist der „(N)Onliner Atlas 2008“ einen Anstieg der Internetnutzung in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen aus. Allerdings bleibt der Onliner-Anteil in dieser Generation trotz hoher Zuwachsraten weiter unterdurchschnittlich bei 40 Prozent. Die Integration Älterer in die Informationsgesellschaft ist also noch nicht vollzogen.

Der europäische Vergleich zeigt, dass eine höhere Internetnutzung durch ältere Menschen möglich ist. So lag der Anteil der Frauen und der Männer in der Altersgruppe von 16 bis 24, die durchschnittlich mindestens einmal wöchentlich das Internet nutzen, laut Eurostat 2007 in Deutschland bei 82 bzw. 85 Prozent, während der Anteil bei der Altersgruppe von 55 bis 74 bei 22 bzw. 37 Prozent lag. Demgegenüber nutzten bereits 51 bzw. 60 Prozent der 55- bis 74-jährigen Frauen und Männer in Dänemark das Internet. Ähnlich positive Ergebnisse können für die Niederlande und Schweden festgehalten werden.

Da in der Informationsgesellschaft den neuen Medien eine besondere Bedeutung zukommt, werden der Erwerb von Medienkompetenz und barrierefreie Zugänge zunehmend zu einer wichtigen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Denn die Fähigkeit, Computer und Internet nutzen zu können, wird vielfach zu einer Voraussetzung, den Alltag zu bewältigen.

1. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung gegenwärtig, um die Medienkompetenz von älteren Menschen zu erhöhen?

Die Bundesregierung arbeitet im Rahmen des Programms „E-Government 2.0“ am bedarfsorientierten, qualitativen und quantitativen Ausbau der E-Government-Angebote des Bundes. So werden im Projekt „Nutzerfreundlichkeit und

Barrierefreiheit“ einheitliche Qualitätskriterien für die Verwaltung entwickelt und in einem Messinstrumentarium abgebildet, mit dem jede Behörde die gestalterische, inhaltliche und funktionale Qualität und hier vor allem die Nutzungsfreundlichkeit ihrer Internetangebote selbst überprüfen kann. Dazu wurden vorliegende Standards klassifiziert und zusammengeführt.

Im Ergebnis werden durch das Bundesministerium des Innern (BMI) Empfehlungen zur Gestaltung von Webangeboten, Anlagen (PDFs, Office-Dokumente) sowie Client-Anwendungen erarbeitet und allen Behörden zur Verfügung gestellt. Hiervon profitieren ältere Menschen ebenso wie die anderen Altersgruppen.

Die Bundesregierung wirkt ferner darauf hin, dass

- Anforderungen an Computer-Ausstattungen und -Bedienung von Menschen im höheren Alter berücksichtigt werden;
- Telekommunikationsgeräte nach den Bedürfnissen älterer Personen gestaltet werden;
- bei der Entwicklung barrierefreier Software sowie Gestaltung barrierefreier Internetangebote die Belange dieser Zielgruppe berücksichtigt wird.

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fördert die Erstellung und kostenlose Verteilung des Wegweisers durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen – BAGSO. Vor allem durch das Heranführen an die Internetnutzung und die Kommunikation durch E-Mails sollen Senioren stärker in die neuen Kommunikationswege eingebunden und ihre Teilhabe an wesentlichen Inhalten, die über das Internet transportiert werden, gesichert werden. Zu den Inhalten zählen u. a. die Suche nach seriösen Gesundheitsinformationen, sicheres Einkaufen im Internet und Onlinebanking.

Die „Fortsetzung der Digitalen Integration“ ist ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, festgeschrieben u. a. im „Aktionsprogramm der Bundesregierung iD2010 – Informationsgesellschaft 2010“. Im Hinblick auf dieses Ziel sind in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt worden. So ist laut (N)ONLINER Atlas 2008 der Onlineranteil in Deutschland 2008 um 4,9 Prozentpunkte auf insgesamt 65,1 Prozent (Bevölkerung ab 14 Jahre) gestiegen. Allerdings muss man sehen, dass noch immer bestimmte Bevölkerungsgruppen, zu denen auch die älteren Menschen gehören, im Internet unterrepräsentiert sind.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) führt deshalb verschiedene Maßnahmen zur digitalen Integration durch, nämlich den Wettbewerb „Wege ins Netz“ (2008 zum fünften Mal), den Auftrag für einen Media-Bus (eine Art fahrendes Internet-Café), die Gewährung eines finanziellen Beitrags zum (N)ONLINER Atlas. Außerdem plant das BMWi derzeit die Initiative „Internet erfahren“, die sich aus einer Vielzahl von Einzelaktivitäten zusammensetzt. Im Fokus dieser Maßnahmen stehen insbesondere auch die älteren Menschen.

2. Wie hoch waren die Ausgaben der Bundesregierung für die Förderung der Medienkompetenz älterer Menschen im vergangenen Jahr?

Eine konkrete Summe kann hierzu nicht genannt werden. Ausgaben werden in den vielfältigen genannten Aktivitäten getätigt.

3. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung um die Medienkompetenz der eigenen älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bundesbehörden zu erhöhen?

Medienkompetenz ist in erster Linie Bestandteil der Schulungen, welche die Anwendungen am Arbeitsplatz betreffen (z. B. Benutzeroberfläche, Office-Programme). Diese sog. Anwenderschulung findet nach dem IT-Fortbildungskonzept des Bundes grundsätzlich in den jeweiligen Behörden statt. Flankiert werden diese Maßnahmen von zentralen Veranstaltungen der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV) zum Umgang mit dem Internet. Um den Fortbildungsbedarf zum Thema Medienkompetenz zu bedienen, werden grundsätzlich die Angebote der BAKöV, der zentralen Fortbildungseinrichtung des Bundes genutzt.

Ziel der von der BAKöV angebotenen IT-Seminare ist es, die Verwaltungsmodernisierung durch IT-Einsatz zu unterstützen. Im Vordergrund steht vor allem die Unterstützung des Programmes E-Government 2.0.

Schwerpunkte des BAKöV-Angebotes 2008 im IT-Bereich sind folgende Themen: IT-Sicherheit, IT-Servicemanagement, IT-Vergabe und Beschaffung, Wirtschaftlichkeit von IT-Vorhaben, IT-Projektmanagement sowie Geschäftsprozessoptimierung.

Alle Seminare der Bundesakademie stehen für alle Altersgruppen offen. Dabei wird den Lernbesonderheiten älterer Teilnehmerinnen und Teilnehmer Rechnung getragen. Es kommen nur erfahrene Dozentinnen und Dozenten zum Einsatz, die ihren Unterricht methodisch-didaktisch so ausrichten, dass alle Altersgruppen gleichermaßen erreicht werden. In Einzelfällen kommen auch individuell angepasste Schulungsmaßnahmen in Betracht.

Schließlich bietet die Bundesakademie auf ihrer Lernplattform ein relativ umfangreiches E-Learning-Programm an. Die einzelnen Lernmedien sind dabei benutzerfreundlich ausgestaltet. Das bedeutet vor allem Unterteilung in kleine Lernmodule, die einfach zu bedienen sind und über eine übersichtliche Navigation frei angewählt werden können. Hierdurch sind die Anforderungen an die Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer möglichst gering gehalten.

4. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Medienkompetenz älterer Menschen zu erhöhen?

Die Bundesregierung baut weiterhin auf die unter Frage 1 genannten Initiativen, Projekte und Maßnahmen auf. Zahlen spiegeln den bisherigen Erfolg dieser Anstrengungen:

Die Anzahl von Onlinern stieg bei den über 50-Jährigen allein im vergangenen Jahr laut (N)ONLINER-Atlas 2008 im Bundesdurchschnitt um beachtliche 14 Prozent auf rd. 40 Prozent. Auffällig sind die regionalen Unterschiede: Während Berlin und Bremen in dieser Altersgruppe bereits 49 bzw. 47 Prozent Onliner ausweist, sind dies in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen nur 36 bzw. 37 Prozent.

Die Daten zeigen, dass auch Anstrengungen auf regionaler Ebene angezeigt sind, um bei über 50-Jährigen das medienbezogene, informelle Lernen zu unterstützen. Persönliche Kontakte im Umfeld zu aktivieren, erscheint besonders zielführend, ältere Menschen an neue Techniken heranzuführen, sie zu motivieren und ihnen das notwendige Wissen zu vermitteln. Die Bundesregierung setzt daher bei aktuellen seniorenpolitischen Programmen wie „Aktiv im Alter“ auf die spezielle Förderung kommunaler Aktivitäten und auf eine stärkere Beachtung ländlicher Räume.

5. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die Internetangebote von Bundesbehörden auch für die über 50-Jährigen leicht zugänglich und in jeder Hinsicht verständlich zu gestalten?

Mit dem Regierungsprogramm E-Government 2.0 hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Teilhabe aller Gruppen in Bevölkerung und Wirtschaft durch elektronische Unterstützungsangebote zu gewährleisten und mögliche Zugangsbarrieren abzubauen. Aus diesem Grund ist jede Behörde der Bundesverwaltung verpflichtet, ihre digitalen Verwaltungsverfahren und Dienstleistungen bedarfs- und kundenorientiert anzubieten. Die Umsetzung dieser Verpflichtung fällt naturgemäß je nach Angebot und Adressatenkreis unterschiedlich aus und enthält auch altersspezifische Differenzierungen.

Im Februar 2008 wurde zusätzlich die im Auftrag des BMI erstellte Studie „E-Inclusion – Digitale Integration durch E-Government“ veröffentlicht. Sie untersucht den Stand und die Chancen der Teilhabe an E-Government-Angeboten (E-Inclusion) in Deutschland und hinterfragt, wie bestehende Potentiale sowie nationale und internationale Erfahrungen systematisch genutzt werden können. E-Inclusion bezieht sich dabei auf die digitale Bevölkerungsspaltung aufgrund von Alter und Geschlecht, Qualifikation und sozialer Herkunft, geografischer Allokation, ethnisch-kultureller Herkunft oder physiologisch-mentaler Disposition bzw. auf die verschiedenen Wirtschaftsperspektiven von Unternehmen bzgl. der Größe oder geografischer Faktoren. Die Studie macht u. a. deutlich, dass nicht nur nachfragerseitig älteren Menschen speziell im Bereich der technischen Fähigkeiten geholfen werden muss, sondern auch auf Leistungsangebotsseite einfach zugänglichere Angebote im Internet bereitgestellt werden müssen. Die in der Studie dargestellten Handlungsempfehlungen werden derzeit ausgewertet und in konkrete Maßnahmen überführt.

Darüber hinaus vermittelt die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden, die für die Konzeption eines Internetauftritts zuständig sind, in dem Seminar „Behördendarstellung im Internet“ die notwendigen Kenntnisse über eine nutzerfreundliche Gestaltung von Internetseiten, mit Hilfe derer das Spektrum der angesprochenen Altersgruppen möglichst breit angelegt werden soll. Unterstützt wird dieser Ansatz durch eine Veranstaltung mit dem Titel „Schreiben fürs Netz – der Internetauftritt“.

Diese Maßnahmen unterstützen auch die Barrierefreiheit von Angeboten und erhöhen die Möglichkeiten des Einbezugs älterer Menschen.

6. Erachtet es die Bundesregierung als notwendig, in die Überarbeitung der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik (BITV) explizit Maßnahmen für eine einfachere Bedienbarkeit von Internetangeboten von Bundesbehörden für über 50-Jährige einzuarbeiten?

Die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV) bestimmt, dass öffentlich zugängliche Internetauftritte und -angebote sowie mittels Informationstechnik realisierte grafische Programmoberflächen der Bundesbehörden barrierefrei zu gestalten sind. Die technischen Inhalte der BITV wurden dabei grundsätzlich den internationalen Zugänglichkeitsrichtlinien für Webinhalte in der Version 1.0 des World Wide Web Consortiums (WCAG 1.0) entnommen.

Die Bundesregierung wird im Rahmen der Novellierung der BITV insbesondere die überarbeiteten und zurzeit noch in der Abstimmung befindlichen internationalen Zugänglichkeitsrichtlinien (WCAG 2.0) einbeziehen. Darüber hinaus sollen die besonderen Belange der hör-, lern- und geistig behinderten Menschen in der novellierten BITV stärkere Berücksichtigung finden. Im Sinne eines Universellen Designs – nicht nur für behinderte Menschen, sondern ins-

besondere auch für ältere Menschen – sind im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung auch Vorkehrungen zur Förderung der Bedienbarkeit von Internetangeboten vorgesehen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass den Anforderungen an eine barrierefreie Informationstechnik im Rahmen der Überarbeitung der BITV hinreichend Rechnung getragen wird.

7. Wie beurteilt die Bundesregierung Maßnahmen, Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, verstärkt Online-Angebote für Ältere einzurichten und bestehende Angebote ausnahmslos zugänglich zu machen?

Wirtschaftsunternehmen haben ein starkes Eigeninteresse daran, die wachsende Gruppe älterer Menschen in ihre Online-Angebote einzubeziehen.

Staatliche Maßnahmen sind demgegenüber nachrangig zu handhaben. Insgesamt gesehen ist die Bundesregierung bestrebt, Wirtschaft und Gesellschaft für die Auswirkungen des demographischen Wandels zu sensibilisieren und auf die Potenziale der älteren Generation hinzuweisen.

Bei ihren Maßnahmen zur digitalen Integration der Bürgerinnen und Bürger ist die Bundesregierung i. d. R. bestrebt, auch die Wirtschaft einzubeziehen. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung von Dritten durchgeführte Maßnahmen zur digitalen Integration, in die die Wirtschaft eingebunden ist. Dies ist z. B. der Fall beim Aktionsbündnis „Online 50plus – Internet verbindet“. Hier haben sich Anfang 2006 auf Initiative des Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. und der BAGSO Unternehmen und Verbände zusammengeschlossen und gemeinsame Aktivitäten entwickelt, um die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen auch über neue Kommunikationswege zu sichern, indem immer mehr ältere Menschen das Internet kompetent nutzen und sich im digitalen Netz bewegen, informieren und aktiv beteiligen.

Zum Aktionsbündnis gehören: Arbeiterwohlfahrt, BKK24.de, Bildungszentrum Handel und Dienstleistungen in Thüringen gGmbH, Deutsche Angestellten-Akademie, Deutsche Bahn, Deutsche Telekom, Deutsche Postbank, Feierabend.de, Intel, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Klingel, Pfizer, Symantec, Zentrum für allgemeine wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm sowie zahlreiche lokale und regionale Akteurinnen und Akteure und Bildungseinrichtungen. Das Aktionsbündnis bietet bundesweit Internetkurse zu den Themen Einkaufen, Reisen, Gesundheit, Finanzen und Sicherheit und vor Ort Aktionstage und Informationsveranstaltungen an, schreibt Wettbewerbe z. B. zur besten Website zum Thema „Selbsthilfe“ aus und veranstaltet Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit Unterstützung von Unternehmen. Schirmherrin des Aktionsbündnisses ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen.





